

Fürst Hans-Adam II.: «Wir befänden uns noch immer im Rucksack der Schweiz»

Er durfte mit dem Segen seines Vaters politisches Prozedere zerschlagen, traf die bezaubernde Jackie Kennedy am Swimmingpool des Weissen Hauses, riet dem damaligen Papst davon ab, das Erzbistum Vaduz zu gründen und legte den Grundstein zu den Mitgliedschaften bei der UNO und dem EWR: Fürst Hans-Adam II. kann auf bewegte 25 Jahre als Staatsoberhaupt Liechtensteins zurückblicken.

Text/Fotos: Michael Benvenuti/Michael Zanghellini

Durchlaucht, nach dem Tod Ihres Vaters Fürst Franz Josef II. am 13. November 1989 haben Sie den Thron bestiegen. War es für Sie eine Bürde, in die Fussstapfen Ihres Vaters treten zu müssen, oder sahen Sie es vielmehr als Herausforderung, den erfolgreich eingeschlagenen Weg fortführen zu dürfen?

Mein Vater und ich haben sowohl vor der Einrichtung der Stellvertretung wie auch danach in allen wichtigen Fragen eng zusammengearbeitet und deshalb war es weder eine Bürde noch eine Herausforderung, den erfolgreich eingeschlagenen Weg fortzuführen.

Ihr Vater hatte Sie bereits 1984 mit den Regierungsgeschäften betraut. Gab er Ihnen gewisse Forderungen mit auf den Weg, oder liess er Ihnen beim Regieren völlig freie Hand?

Nachdem wir, wie erwähnt, auch nach Einrichtung der Stellvertretung zusammengearbeitet haben, war weder das eine noch das andere der Fall. ►



Am 13. November 1989, nur wenige Tage nach dem Fall der Berliner Mauer, bestieg Fürst Hans-Adam II. den Thron.

Die Regierungszeit Ihres Vaters ist untrennbar mit der Entwicklung Liechtensteins vom ärmlichen, landwirtschaftlich geprägten Land zum hoch industrialisierten Wohlstandsstaat verbunden. Womit würden Sie Ihre bisherige Amtszeit am ehesten verbinden?

Da stand am Anfang zweifellos die Aussenpolitik, die Mitgliedschaft in der UNO und beim EWR. Meinem Vater und mir war es sehr früh ein Anliegen, die Souveränität des Landes und das Selbstbestimmungsrecht seiner Bevölkerung abzusichern. Dann kamen die Reformen in der Innenpolitik, insbesondere die Verfassungsreform. Was für das Land wahrscheinlich weniger im Vordergrund gestanden hat, für die Monarchie aber nicht ganz unwichtig war, war die Schaffung des neuen Hausgesetzes. Dieses ermöglicht es der Fürstlichen Familie, unter Umständen einen Fürsten abzusetzen, falls er nicht entsprechend regiert. Da haben wir noch eine Art Notbremse eingebaut.

Viele politische Beobachter beurteilen Ihre «Rucksack-Rede» vom September 1970 heute als wegweisendes Ereignis für Liechtensteins Aussen- und Wirtschaftspolitik. Was veranlasste Sie als damaliger Erbprinz, diese teilweise Abnabelung von der Schweiz voranzutreiben?

Es ging damals darum, eine eigenständige Aussenpolitik zu entwickeln, um, wie erwähnt, die Souveränität des Landes langfristig abzusichern. Dabei stand die UNO-Mitgliedschaft im Vordergrund. Es gab in den 60er-Jahren innerhalb der UNO seitens der grösseren Staaten, aber auch einiger kleinerer Staaten die Bestrebung, Staaten, die kleiner sind als Luxemburg, keine volle Mitgliedschaft in der UNO zuzugestehen. De facto hätte man den Status eines Protektorates gehabt ohne Stimmrecht in der UNO. Da die Schweiz damals nicht Mitglied der UNO war, mussten wir eine eigenständige Aussenpolitik betreiben. Der Widerstand kam hauptsächlich von den westlichen Staaten, da diese befürchteten, die kleinen Staaten würden sich dem Block der neutralen Staaten oder gar den sozialistischen Staaten anschliessen.

Mir ist es dann in einem persönlichen Gespräch mit dem damaligen Vizepräsidenten Ford gelungen, kurz bevor er Präsident wurde, ihn davon zu überzeugen, dass die USA ihren Kurs ändern und ihren Einfluss auf die westlichen Staaten ausüben sollten, dass sie eine UNO-Mitgliedschaft Liechtensteins befürworten. Die Sowjetunion hatte sich schon vorher für eine Mitgliedschaft Liechtensteins ausgesprochen. Leider stellte sich dann heraus, dass es leichter war, die Grossmächte von der Mitgliedschaft Liechtensteins zu überzeugen als die liechtensteinischen Politiker.

Wie gelang es Ihnen überhaupt, bis zu US-Vizepräsident Ford vorzudringen? Und weshalb führten Sie diese Agenda und nicht Ihr Vater?



Ich habe schon sehr früh aussenpolitische Erfahrungen gesammelt. Meine Eltern waren mit einem US-Senator befreundet und so konnte ich während meiner Schulzeit im Frühjahr 1963 ein Praktikum im amerikanischen Senat machen. Damals hatte ich sogar die Ehre, Präsident John F. Kennedy kennenzulernen und auch seine sehr hübsche Gattin, die ich am Swimmingpool des Weissen Hauses getroffen habe. Wir haben in der Familie entschieden, dass am besten ich als 25-Jähriger diesen Vorstoss machen soll – da wäre es nicht so schlimm, wenn innen-

und aussenpolitisches Porzellan zerschlagen wird. Ausserdem hatte ich die Kontakte in den USA.

Letztlich vergingen 20 Jahre, bis der UNO-Beitritt Liechtensteins Realität wurde. Die EWR-Mitgliedschaft liess sogar noch weitere 5 Jahre auf sich warten. Waren Sie 1970 Ihrer Zeit so weit voraus, dauerten die entsprechenden politischen Prozesse so lange, oder lag es hauptsächlich daran, dass die damals aktiven Politiker um ihre Wiederwahl fürchteten?



Fürst Hans-Adam II. sorgte mit seiner «Rucksack-Rede» international für Aufsehen, in Liechtenstein selbst stiess er allerdings auf grossen Widerstand: «Leider stellte sich dann heraus, dass es leichter war, die Grossmächte von der Mitgliedschaft Liechtensteins bei der UNO zu überzeugen als die liechtensteinischen Politiker.»

Ich glaube, dass die liechtensteinischen Politiker es nicht gerne sahen, dass das Fürstenhaus wieder vermehrt Einfluss auf die liechtensteinische Aussenpolitik nahm, wobei es natürlich auch da Ausnahmen gab.

Wo befände sich Liechtenstein heute ohne Ihre Visionen und vor allem Ihre Hartnäckigkeit: Noch immer im Rucksack der Schweiz, als mittlerweile voll integrierter Kanton?

Ja, wir befänden uns noch immer im Rucksack der Schweiz und weder in der UNO noch im EWR.

Wenn wir damals die Vollmitgliedschaft bei der UNO nicht bekommen hätten, wäre bei der UNO für die Kleinstaaten unter der Grösse Luxemburgs ein Spezialstatut gekommen ohne Stimmrecht - was natürlich für die Souveränität alles andere als gut gewesen wäre. Solche Staaten wären auf dem Niveau eines Protektorats der UNO gewesen, ohne volle Souveränität. Die UNO hätte theoretisch beschliessen können, dass solche Kleinstaaten einfach dem grösseren Nachbarstaat angeschlossen werden sollen. Wir wären wohl früher oder später von der Landkarte verschwunden.

«Im Unterschied zur staatspolitisch klugen Distanziertheit seines Vaters neigt er dazu, unkonventioneller zu denken und provokativer oder ironisch zugespitzter zu formulieren», schrieb der Politologe Arno Waschkuhn einst über Sie. Sehen Sie diese Beschreibung als Lob oder Tadel?

Ich sehe es als Lob, weil es einfach eine treffende Beschreibung ist. Ich war ja schon in der Volksschule nicht der bravste Schüler. Ausserdem konnte ich als junger Erbprinz sehr viel unkonventioneller mit neuen Ideen auftreten. ►

Im Gegensatz zu seinem Vater Franz Josef II. bevorzugt Fürst Hans-Adam II. einen pointierten, oft auch provokativen Politikstil: «Es regt die Menschen zum Denken an, bringt gewisse Diskussionen hervor.»

Apropos Provokation und Ironie: Vor rund 20 Jahren sagten Sie, die Programme moderner Parteien würden sich immer weniger voneinander unterscheiden und immer mehr den Werbefrospekten von Autofirmen ähneln. Wie beschreiben Sie die aktuelle Parteienlandschaft in Liechtenstein?

Nicht zuletzt aufgrund der sehr ähnlichen Programme der Grossparteien sind nicht nur in Liechtenstein, sondern auch in anderen europäischen Staaten eine Reihe von kleineren Parteien und Bewegungen aufgetreten, die versuchen, sich mit sehr eigenständigen Ideen oder Programmen zu profilieren. Das führt dazu, dass diese neuen Parteien oder Bewegungen sich in der Regel mehr von der Mitte wegbewegen, entweder nach links oder nach rechts. In den modernen Demokratien geht es Richtung Parteienvielfalt, was das Regieren nicht unbedingt leichter macht. Wobei vielleicht gerade die direkte Demokratie, wie wir sie in der Schweiz und in Liechtenstein kennen, diese Bewegung ein bisschen eingrenzt, weil man anstelle einer Parteigründung die Initiative oder ein Referendum ergreift.

Die Unabhängigen haben mit ihrer Art der Politik für frischen Wind im Land gesorgt. Inwiefern sagt Ihnen diese zuweilen provokativ-populistische Art zu?

Ich kann diesen Politikstil ja kaum verurteilen, weil ich diesbezüglich zumindest hier in Liechtenstein fast ein Vorreiter war. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass man in der Politik manchmal provokant formulieren muss, denn sonst wird man nicht wahrgenommen. Es regt die Menschen zum Denken an, bringt gewisse Diskussionen hervor. Es muss ja nicht jede provokante Idee gleich umgesetzt werden, aber zumindest denkt man darüber nach, es werden dann mitunter bessere Alternativen gefunden. Ich sehe das auch irgendwo als Motor, die Bevölkerung stärker in den politischen Prozess zu integrieren und diese für die Politik zu interessieren, die doch sehr stark über ihre Zukunft und die ihrer Kinder entscheidet. Deshalb bin ich gar nicht so unglücklich darüber, wenn das eine oder andere provokant formuliert wird – selbst wenn ich manchmal das Opfer bin (lacht). ►





Fürst Hans-Adam II. kann dem Gedanken, Liechtenstein wieder ins Bistum Chur einzugliedern, nichts abgewinnen: «Wir sind ein souveräner Staat, und es wäre inakzeptabel, dass wir plötzlich wieder einem anderen Bistum zugeschlagen werden. Es ist die Politik des Heiligen Stuhls, dass jeder souveräne Staat ein eigenes Bistum hat.»

Manche Kreise wünschen sich auch in der Bildungspolitik wieder frischen Wind. Die Regierung setzt nach der vom Volk abgelehnten SPES-Reform hingegen auf punktuelle Verbesserungen des gemäss PISA-Studien ohnehin sehr guten Bildungssystems. Braucht Liechtenstein radikale Änderungen im Bildungswesen?

Ich finde es ja sehr erfreulich und habe auch nicht daran gezweifelt, dass wir in Liechtenstein unserer jungen Generation, verglichen mit den meisten anderen Staaten, eine relativ gute Ausbildung bieten können. Diese kostet allerdings auch sehr viel. Wir geben pro Kopf wahrscheinlich mehr Geld für die Bildung aus als jeder andere Staat in Europa oder sogar weltweit. Ich glaube nicht, dass es radikale Änderungen braucht, sondern Bildungsgutscheine. Studien zeigen, dass man mit Bildungsgutscheinen die soziale Gerechtigkeit fördert und die Qualität des Bildungswesens weiter verbessern kann. Gute Privatschulen können sich heute in der Regel nur reiche Eltern leisten und aus der Wirtschaft wissen wir, dass die Konkurrenz im Dienstleistungssektor die Qualität des gesamten Angebots hebt. Auch bei Bildungsgutscheinen braucht es weiterhin eine staatliche Aufsicht über die Schulen, um sicherzustellen, dass gewisse Mindestanforderungen erfüllt werden und um Eltern die Möglichkeit zu geben, das Angebot zwischen den einzelnen Schulen zu vergleichen.

Ähnlich wie die Idee der Bildungsgutscheine droht auch die Entflechtung von Staat und Kirche zur unendlichen Geschichte zu werden. Selbst wenn die güterrechtliche Trennung auf Gemeindeebene gelingen sollte, ist eine Verfassungsmehrheit für ein Konkordat unwahrscheinlich. Hat die Regierung einen falschen Weg beschritten?

Es ist erfreulich, dass sich zumindest eine güterrechtliche Trennung auf Gemeindeebene abzeichnet. Falls keine Mehrheit für ein Konkordat zustande kommt, könnte man auch einen Schritt weitergehen und wie in den USA Staat und Kirche noch viel klarer trennen. Das wäre für mich die einfachste Lösung.

Scheitert die Entflechtung, bleibt die katholische Kirche weiterhin Landeskirche mit zahlreichen Privilegien. Könnten Sie einem Fortbestand des Status quo auch Positives abgewinnen?

Der Status quo hilft weder der Kirche noch der Politik. Eine klare Trennung wäre wohl die sauberste Lösung.

Manche Kreise befürchten bei einer Entflechtung den Niedergang der katholischen Kirche und der damit verbundenen christlichen Werte. Sind diese Ängste in Ihren Augen begründet?

Nein, im Gegenteil. Dort, wo es eine klare Trennung von Staat und Kirche gibt, identifizieren sich die Gläubigen sehr viel stärker mit ihrer Religion bzw. ihren Kirchen. Mir ist das schon bei meinem ersten Aufenthalt in den USA 1963 aufgefallen. Aber selbst dort, wo die Kirchen unterdrückt waren, wie z. B. in den sozialistischen Staaten, war meines Wissens die Identifikation der Gläubigen mit ihrer Religion und ihren Kirchen grösser als in den Staaten, in denen es eine enge Verflechtung gab zwischen Kirche und Staat.

Unter Papst Franziskus hat die katholische Kirche weltweit einen spürbaren Aufschwung erlebt, das US-Magazin «Time» wählte ihn zum «Mann des Jahres». Wie beurteilen Sie das bisherige Wirken des Papstes?

Soweit ich es beurteilen kann, hat seine Wahl für die Kirche positive Zeichen gesetzt, vergleichbar vielleicht mit der Wahl von Johannes Paul II. Der hat ja auch eine Aufbruchsstimmung erzeugt und war meiner Meinung nach massgeblich beteiligt an der Entwicklung in Osteuropa. Ich glaube, dass die Wahl von Papst Franziskus vor allem für die Dritte Welt und Lateinamerika sehr wichtig war. Allerdings gibt es in der Regel bei der Wahl oder Ernennung einer neuen Führungsperson, sei es in Kirche, Politik oder Wirtschaft, hohe Erwartungen, die dann in der Regel da und dort Enttäuschung hervorrufen. Es gilt da die alte Regel: Allen Leuten recht getan ist eine Kunst, die niemand kann.

Haben Sie das Gefühl, dass diese Aufbruchsstimmung auch Liechtenstein erfasst hat? Dass sich die Liechtensteiner ein bisschen mehr Franziskus im Erzbistum wünschen?

Das kann ich zu wenig beurteilen. Möglich, dass die Wahl von Franziskus auch hier bei uns gewisse Auswirkungen hat. Der Papst ist ja ähnlich wie Johannes Paul II. eine recht unkonventionelle Persönlichkeit, die noch für die eine oder andere Überraschung sorgen könnte.

Vertreter des Vereins für eine offene Kirche plädieren seit Jahren für eine Abschaffung des Erzbistums Vaduz und eine Wiedereingliederung Liechtensteins ins Bistum Chur. Wäre das auch für Sie eine vorstellbare Option?

Nein, wir sind ein souveräner Staat, und es wäre inakzeptabel, dass wir plötzlich wieder einem anderen Bistum zugeschlagen werden, sei es in der Schweiz, sei es in Österreich. Es ist die Politik des Heiligen Stuhls, dass jeder souveräne Staat ein eigenes Bistum hat.

Dann würden Sie dem Papst also davon abraten, das Erzbistum Vaduz wieder aufzulösen?

Ja, sollte er mich tatsächlich um meine Meinung bitten. Ich habe dem damaligen Papst übrigens davon abgeraten, ein eigenes Erzbistum Vaduz zu schaffen. Es gab einerseits diese enge Verbindung zu Chur und zweitens den ersten liechtensteinischen Bischof in Chur. Sollte dieser nun plötzlich abgeschoben werden in das neu gegründete kleine Bistum Vaduz, werde das weder bei den Gegnern der katholischen Kirche im Land noch bei den Anhängern auf grosse Zustimmung treffen, argumentierte ich: Die einen sind stolz, dass erstmals ein Liechtensteiner Bischof von Chur wird, die anderen werden nicht glücklich sein, dass er nach Vaduz kommt.

Wie das «Volksblatt» jüngst berichtete, gibt es für Liechtensteiner muslimischen Glaubens noch immer keine Möglichkeit, sich im Land unter Berücksichtigung der Bestattungsrituale des Islam begraben zu lassen. Ist es für Sie nachvollziehbar, dass Inländer aufgrund ihres Glaubens weiterhin benachteiligt werden?

Nein, wir dürfen Menschen nicht aufgrund ihres Glaubens diskriminieren. Das stellt eine Verletzung der Religionsfreiheit in unserem Land dar. ►

Geprägt war die jüngere Vergangenheit vom rigiden Sparkurs der Regierung. Staatliche Subventionen wurden gekürzt oder ganz gestrichen. Das Ende des Giesskannenprinzips sorgte zuletzt aber für massiven Widerstand in der Bevölkerung. Auch eine Entsolidarisierung der Bevölkerung wird beklagt. Zu Recht?

Nein, wir sollen denen helfen und mit jenen solidarisch sein, die in Not sind. Das Giesskannenprinzip und der Ausbau des Sozialstaates führen in meinen Augen zu einer Entsolidarisierung der Bevölkerung, weil man nicht versteht, weshalb auch vermögende Leute alle möglichen Subventionen erhalten sollen. Es kommt hinzu, dass der Staat heute sparen muss aufgrund der rückläufigen Einnahmen. Die Sozialleistungen in Liechtenstein sind nach wie vor höher als in der Schweiz oder Österreich.

Auffallend ist, dass bei Themen wie Kinderbetreuung oder Gesundheitswesen gern auf die skandinavischen Länder verwiesen und der Staat in die Verantwortung genommen wird. Dass diese Länder ihre Angebote durch vergleichsweise sehr hohe Steuern finanzieren, wird dabei gern ausgeblendet. Wie viel Skandinavien braucht Liechtenstein?

Auch in Skandinavien ist man gezwungen ge-

wesen, Sozialleistungen zu kürzen und Steuern zu senken. Hohe Steuern und hohe Sozialleistungen führen dazu, dass immer mehr Menschen sich darauf konzentrieren, möglichst wenig zu arbeiten und zu verdienen und dafür aber möglichst hohe Sozialleistungen zu erhalten, um ihre Freizeit zu geniessen. Dieser Weg ist also eine Sackgasse, in die wir nicht unbedingt tappen sollten. Der Vorteil in Liechtenstein ist, dass wir eine geringe Steuerbelastung haben, sowohl auf der Unternehmensseite als auch auf der individuellen Seite. Das Arbeiten und das Investieren lohnen sich. Das sichert die Arbeitsplätze, dem Einzelnen ein relativ hohes Einkommen und ermöglicht gleichzeitig dem Staat die Finanzierung im sozialen Bereich, wo es wirklich notwendig ist.

Zum Thema Steuern: Die Einnahmequellen für den Staatshaushalt sprudeln längst nicht mehr so kräftig wie noch vor Jahren – auch aufgrund des Transformationsprozesses in der Finanzbranche. Müssen wir uns damit abfinden oder glauben Sie, dass der Finanzplatz zu alter Stärke zurückkehren kann?

Es wird meiner Ansicht nach noch weitere strukturelle Änderungen am Finanzplatz geben, und ich glaube nicht, dass der liechtensteinische Finanzplatz zur alten Stärke zurückkehren wird, was die

Profitabilität und die Beschäftigung betrifft. Die vielen Vorschriften und Einschränkungen, die uns grösstenteils von aussen aufgezwungen wurden, führen dazu, dass nicht nur in Liechtenstein die Profitabilität der Finanzbranche zurückgegangen ist und damit auch die Steuereinnahmen.

Konzerne zahlen trotz immenser Gewinne nur minimalste Steuern, gleichzeitig muss die Bevölkerung den Gürtel immer enger schnallen. Verstehen Sie den Unmut vieler Bürger über diese von ihnen wahrgenommene Ungleichbehandlung?

International tätige Unternehmen haben je länger, desto mehr die Möglichkeit, nicht zuletzt aufgrund der Globalisierung der Weltwirtschaft, ihre Tätigkeit in Staaten zu verlagern mit niedrigen Steuern und günstigen Rahmenbedingungen. Liechtenstein hat in der Vergangenheit davon profitiert und wird wohl auch davon in Zukunft profitieren. In einer Demokratie entscheidet letzten Endes der Stimmbürger über die Rahmenbedingungen in einem Staat. Staaten mit hohen Steuern und einem schlechten Service stehen vor dem Problem einer ständig wachsenden Arbeitslosigkeit, weil nicht nur Unternehmen abwandern, sondern auch keine neuen Unternehmen gegründet werden. Hat einmal so ein Prozess eingesetzt, ist er sehr schwer umzukehren. ►



«Mir ist es lieber, wir haben statt der Giesskannenpolitik eine Sozialpolitik, die jenen gezielt hilft, die es wirklich notwendig haben», sagt Fürst Hans-Adam II.

Aber ich gebe zu: Verglichen mit anderen Staaten ist die Steuerbelastung – auch für Unternehmen – relativ niedrig und das sollten wir auch unbedingt beibehalten. Mir ist es lieber, wir haben statt der Giesskannenpolitik eine Sozialpolitik, die jenen gezielt hilft, die es wirklich notwendig haben. Die anderen sollten aus ihren hohen Einkommen die Lasten tragen, die sie zu verantworten haben.

Eine Leserbrief-Schreiberin beklagte, dass das Fürstenhaus von seinen Untertanen den Verzicht auf staatliche Subventionen fordere, als «reichste Familie mit der mit Abstand reichsten Bank» selbst aber keine Steuern bezahle und somit keinen Beitrag leiste. Was antworten Sie auf solche Vorwürfe?

Erstens zahlen alle Mitglieder des Fürstenhauses bis auf den Fürsten und Erbprinzen Steuern. Zweitens ist die LGT seit vielen Jahren einer der grössten Steuerzahler. In manchen Jahren war sie vielleicht überhaupt der grösste Steuerzahler. Drittens beziehen weder der Erbprinz noch ich im Unterschied zu praktisch allen anderen Monarchien ein Gehalt für unsere staatlichen Tätigkeiten, sondern finanzieren mit den Gewinnen aus unseren Unternehmen sowohl die Kosten der Monarchie als auch eine ganze Reihe von Aufgaben im sozialen Bereich auf nationaler und internationaler Ebene, Forschungsprojekte und

Untersuchungen, die auch dem Staate zugutekommen usw. In allen anderen europäischen Staaten übernimmt der Steuerzahler sämtliche Kosten im Zusammenhang mit den Aufgaben des Staatsoberhauptes. Müssten wir auf dieses Einkommen Steuern bezahlen, so würden wir andererseits verlangen, dass der Staat sämtliche Kosten des Staatsoberhauptes übernimmt. Das wäre ein schlechtes Geschäft für den Staat und den Steuerzahler.

Sie sind nicht nur Landesfürst mit repräsentativen Aufgaben, sondern auch Staatsoberhaupt mit grossem politischem Einfluss, ein erfolgreicher Unternehmer, Kunstsammler und mittlerweile auch Autor. Brauchen Sie ständig neue Herausforderungen?

Die Aufgaben des Staatsoberhauptes habe ich bekanntlich vor zehn Jahren dem Erbprinzen übergeben. Wenn ich das Gefühl habe, dass ich eine Aufgabe erledigt habe, wende ich mich einer neuen Aufgabe zu. Mein Vater hat mir damals die Aufgabe übertragen, das Familienvermögen neu aufzubauen und nachher die Aufgaben des Staatsoberhauptes zu übernehmen. Ich hätte mich weder für das eine noch das andere entschieden. Ich wollte ursprünglich entweder Physik oder Archäologie studieren. In die Kunst habe ich aus zwei Gründen investiert: Erstens war es der Wunsch meines Vaters, der sehr darunter gelitten

hat, dass er Teile der Sammlung nach dem Zweiten Weltkrieg verkaufen musste, und zweitens, weil ich der Meinung war, dass es eine gute Investition ist. Dass es meinem Vater am Ende des Krieges gelungen ist, den grössten Teil der Kunstsammlung zu retten, hat ganz entscheidend dazu beigetragen, dass die engere und weitere Familie finanziell einigermaßen gut überlebt hat.

Bleibt neben all diesen Tätigkeiten überhaupt Zeit für Hobbys und gute Freunde? Wie muss sich der Leser den Fürsten in seiner Freizeit vorstellen: Vor dem Kamin am Lesen, beim Angeln mit Kollegen?

Ich lese viel, gehe oder laufe gerne, sei es hier in der Umgebung des Schlosses, oder während der Sommerferien in der Steiermark. Meine Frau und ich haben früher noch Skiferien am Arlberg gemacht, aber wir sind jetzt in einem Alter, bei dem wir uns entschieden haben, darauf zu verzichten.

Sie feiern im kommenden Jahr Ihren 70. Geburtstag. Haben Sie einen besonderen Wunsch an Politik und Bevölkerung?

Die Bildungsgutscheine.

Vielen Dank für das Gespräch! ■

HOTEL RESTAURANT WALSERHOF

IHRE
WEIHNACHTSFEIER
IM WALSERHOF

FEIERLICH
FESTLICH
FEIN

HOTEL RESTAURANT WALSERHOF · Stubistrasse 4 · 9497 Malbun-Triesenberg · T +423 264 43 23 · www.walserhof.li

Müsste die Fürstliche Familie auf ihr Einkommen Steuern bezahlen, würde sie andererseits verlangen, dass der Staat sämtliche Kosten des Staatsoberhauptes übernimmt. «Das wäre ein schlechtes Geschäft für den Staat und den Steuerzahler», betont Fürst Hans-Adam II.

